



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I – Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahr der Online-Radikalisierung, insbesondere von Jugendlichen und Heranwachsenden, im Bereich des terroristischen Islamismus zu bekämpfen.

Hierzu sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

1. Virtuelle Agenten für den Verfassungsschutz und virtuelle Ermittler für die Polizei:
Radikalisierung durch extremistische Inhalte findet über das Internet direkt auf dem Smartphone statt. Deshalb müssen Polizei und Verfassungsschutz online mehr Präsenz zeigen. Soziale Medien, verdächtige Chatgruppen und Kanäle müssen durch das Landesamt für Verfassungsschutz mit digitalen Agenten beobachtet und nötigenfalls infiltriert werden. Konkretisierte Gefahren sind durch nicht öffentlich ermittelnde Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte engmaschig zu verfolgen und terroristische wie extremistische Taten so möglichst zu verhindern. Für die Bevölkerung sind niedrigschwellige Hinweismöglichkeiten auf digitale extremistische Bestrebungen zu schaffen.
2. Islamistische Prediger/Influencer ins Visier nehmen:
Um den Einfluss von islamistischen Predigern und Influencern auf die Radikalisierung von jungen Menschen zu schwächen, ist eine „Islamistische Prediger- und Influencer-Datei“ einzuführen, die einen zielgerichteten Überblick ermöglicht und Erkenntnislücken für die Sicherheitsbehörden schließt.
3. Übersetzungsmöglichkeiten mittels Künstlicher Intelligenz (KI):
Oftmals stoßen Sicherheitsbehörden bei „digitalen Streifen“ auf fremde Sprachen oder seltene Dialekte, für die in der Regel die geeigneten Dolmetscher fehlen. Hierfür müssen technische Übersetzungsmöglichkeiten mittels KI entwickelt werden, damit virtuelle Ermittler schlagkräftig ihrer Arbeit nachgehen können.
4. Social-Media-Plattformen in die Verantwortung nehmen:
Geltendes Recht, wie die Vorgaben des Digital Services Act (DSA), muss konsequent angewendet werden. Ein starker Jugendschutz, Bekämpfung von Desinformation und die Reduzierung von illegalen und extremistischen Inhalten auf digitalen Plattformen müssen durchgesetzt werden. Soziale Medien müssen ihren Melde- und Löschverpflichtungen bezüglich extremistischer Inhalte viel stärker nachkommen. Besonders die Mischung aus extremistischen Thesen und gewaltverherrlichenden Inhalten tritt eine gefährliche Spirale der Radikalisierung los. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien erhält für ihre Aufsicht über digitale Dienste zusätzliche Stellen im Entwurf für den neuen Doppelhaushalt.

5. Stärkung der Medienkompetenz:

Die Staatsregierung soll ein umfassendes Programm zur Förderung der Medienkompetenz in allen Altersgruppen entwickeln und umsetzen. Ziel ist es, über die schulische Bildung Schülerinnen und Schülern die Fähigkeiten zu vermitteln, Online-Inhalte kritisch zu hinterfragen und die Mechanismen der Radikalisierung zu erkennen. Hierzu sollen Lehrkräfte speziell geschult und entsprechende Unterrichtsmaterialien bereitgestellt werden. Auch Eltern müssen in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden und gesonderte Fortbildungsmöglichkeiten angeboten bekommen. Außerdem muss es vermehrt Angebote für Menschen aller Altersgruppen geben, dafür müssen Kooperationen von Arbeitgebern und Institutionen, die Fortbildungen anbieten, gestärkt werden. Die Gefahr durch islamistische Influencer und Prediger muss klar benannt werden.

Begründung:

In der Landtagsanhörung zur Bedrohung durch islamistischen Terrorismus in Bayern am 05.12.2024 wurde deutlich, dass Radikalisierung heute vor allem online und unbemerkt passiert. Gleichzeitig verkürzt sich der Zeitraum für eine Radikalisierung deutlich, teils auf wenige Monate.

Das macht es für die Sicherheitsbehörden deutlich schwieriger, Anschlägepläne zu entdecken. Extremisten kommunizieren digital, in geschützten Gruppen und über große Messenger-Kanäle. Durch verstärkte „Bestreifung“ sozialer Medien können Straftaten frühzeitig erkannt und verhindert werden. Eine Aufstockung des Personals bei den bayerischen Sicherheitsbehörden ist erforderlich, um die digitale Präsenz zu erhöhen und eine effektive Überwachung zu gewährleisten.

Der DSA bietet rechtliche Rahmenbedingungen, um Jugendschutz, die Bekämpfung von Desinformation und die Reduzierung illegaler und radikalisierender Inhalte zu gewährleisten. Die Bayerische Landesmedienanstalt muss diese Vorgaben überwachen und durchsetzen, um die Verbreitung extremistischer Inhalte zu verhindern und somit die öffentliche Sicherheit zu erhöhen. Es ist daher dringend erforderlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Resilienz der Jugendlichen zu stärken. Medienkompetenz ist entscheidend, um Schülerinnen und Schüler vor der Gefahr der Online-Radikalisierung zu schützen.